

22. November 2018

## Wegen guter Konjunktur: Zahlungsmoral der Verbraucher lässt nach – Städte und Kommunen schlechte Schuldner – Vorm Weihnachtsgeschäft kämpft der Onlinehandel mit laxen Zahlern – Neue Trendumfrage der Inkassounternehmen

Berlin, den 22. November 2018 – Gegensätzliche Trends bei der Zahlungsmoral: Während Firmenkunden ihre Rechnungen jetzt besser bezahlen als vor einem Jahr, lässt die Rechnungstreue der Verbraucher leicht nach. Grund ist die gute Konjunktur.

Das ist das Ergebnis der traditionellen Herbstumfrage unter den 550 Mitgliedern des Bundesverbands Deutscher Inkasso-Unternehmen e.V. (BDIU), Berlin.

Immerhin 27 Prozent der Inkassounternehmen melden, dass Verbraucher ihre Rechnungen jetzt nachlässiger begleichen – nur 23 Prozent melden eine bessere private Zahlungsmoral.

Kirsten Pedd, Präsidentin des BDIU: »Eigentlich klingt es absurd, aber: Viele Verbraucher haben deutlich mehr Geld zur Verfügung, und deshalb bezahlen sie ihre Rechnungen nicht mehr so sorgfältig wie früher. Manche Schuldner haben die finanziellen Risiken eines möglichen Fehlverhaltens – von Mahngebühren bis hin zu Gerichtskosten – inzwischen eingepreist.«

Besonders bedenklich: 57 Prozent der Inkassounternehmen machen die Erfahrung, dass private Schuldner fällige Rechnungen absichtlich erst viel später als vereinbart oder aber auch gar nicht bezahlen.

Top-Antwort bei der Frage, warum Verbraucher ihre Rechnungen nicht bezahlen, ist ein unkontrolliertes Konsumverhalten (67 Prozent in der Umfrage). Überschuldung – in den vergangenen Jahren immer an erster Stelle dieser Liste – melden jetzt nur noch 65 Prozent als Nichtzahlgrund (11 Prozentpunkte weniger als 2017). Noch weniger (38 Prozent) nennen Arbeitslosigkeit als Grund.

Befragt danach, welche Firmen zurzeit besondere Probleme mit dem Zahlungsverhalten ihrer Kunden haben, nennen 55 Prozent den Online-beziehungsweise Versandhandel. Weitere betroffene Branchen sind Energieversorger (42 Prozent), das Handwerk (40 Prozent), die Dienstleistungsbranche allgemein (36 Prozent), die Immobilienwirtschaft (31 Prozent) sowie Betreiber von Fitnessstudios (31 Prozent). »Die mauer Rechnungstreue vieler Onlinekunden ist ein klarer Beleg dafür, dass die Firmen ihr Forderungsmanagement verbessern müssen. Sollte die Konjunktur abkühlen, sind schlecht zahlende Kunden für jede Firma ein Krisenverstärker.«

Es sind aber nicht nur die privaten Schuldner, die den Gläubigern im Moment Probleme bereiten. 75 Prozent berichten in der Umfrage, dass Zahlungsausfälle bei eigenen Kunden der Grund sind, warum gewerbliche Schuldner Rechnungen derzeit nicht bezahlen. Dieser Wert ist im Vergleich zum letzten Jahr sprunghaft angestiegen. 2017 hatten nur 52 Prozent der Inkassounternehmen diese Angabe gemacht.

»Weil die Geschäfte im Moment so gut laufen, mahnen manche Unternehmen zu spät und übergeben Forderungen auch erst viel später an einen Rechtsanwalt oder einen Inkassodienstleister«, sagt Pedd.  
»Wenn sie dann nicht genügend Geld in der Kasse haben, um ihre eigenen Zahlungsverpflichtungen zu bedienen, kommt es zum Dominoeffekt bei der Zahlungsmoral.«

Schlechte Noten verteilt die Branche dem öffentlichen Sektor. Dessen Zahlungsmoral bleibt miserabel. Nur 4 Prozent der befragten Inkassounternehmen melden hier einen besseren Trend.

Kritik äußern die Inkassounternehmen aber auch am Forderungsmanagement der öffentlichen Hand. Pedd verweist auf die hohen Außenstände des Staates, die sich inzwischen auf über 76 Milliarden Euro summieren. »Das ist Geld, das dem Steuerzahler zusteht. Inkassounternehmen könnten im Wege der Verwaltungshilfe diese hohen Außenstände reduzieren helfen. Für die Haushalte brächte das deutliche Mehreinnahmen. Rechtlich ist diese Zusammenarbeit möglich, in der Praxis scheitert es leider zu oft am fehlenden Mut der Behörden«

### **Zahlungsmoral 2019: Risiken nehmen zu – Gläubiger müssen um Ansprüche zittern**

Bei ihrer Prognose für die weitere Entwicklung sehen die Inkassounternehmen – anders als in den letzten Jahren – gleich mehrere Risikofaktoren. 34 Prozent erwarten, dass die Zahlungsmoral schlechter wird. 57 Prozent befürchten einen Rückgang der Konjunktur. Weitere Risiken drohen durch rechtliche Änderungen. So könnten im Zuge der EU-weiten Harmonisierung des Insolvenzrechts die Hürden zur Erteilung einer Restschuldbefreiung in Deutschland gesenkt werden.

Dieses Jahr rechnet der BDIU mit fast 70.000 Verbraucherinsolvenzen. Würde der Zugang zu den Verfahren erleichtert, befürchtet Pedd ein sprunghaftes Ansteigen der Fälle – eine Verdoppelung wäre nicht ausgeschlossen. »Das würde die Gerichte völlig überfordern. Besser ist es, wenn sich Gläubiger und Schuldner außergerichtlich einigen.«

Umso wichtiger ist es für Gläubiger, dass sie ihre Zahlungsansprüche effektiv und kostengünstig durchsetzen können. Pedd verweist auf eine umfangreiche Branchenstudie, die der BDIU aktuell durchführt. Sie wird im Januar 2019 abgeschlossen sein und aktuelle Zahlen zur Leistungsfähigkeit der Inkassounternehmen liefern.

Erste Trends aus den Befragungen liegen bereits vor. Pro Jahr bearbeiten die Inkassounternehmen demnach deutlich mehr als 20 Millionen neue Forderungen. Neun von zehn davon erledigen sie erfolgreich. »Das ist ein enormer Beitrag für die Allgemeinheit«, so Pedd. »Ohne die Rechtsdienstleistung Inkasso wären die Gerichte jedes Jahr mit rund 20 Millionen zusätzlichen Fällen belastet.«

Was wäre, wenn Unternehmen nicht mehr mit Inkassodienstleistern zusammenarbeiten könnten? Laut einer Untersuchung der Universität St. Gallen aus der Schweiz benötigt ein Unternehmen etwa 225 Minuten für alle betriebswirtschaftlichen und rechtlichen Maßnahmen zum Einzug einer einzigen Verzugsforderung. Das entspricht Gläubigerkosten in Höhe von rund 280 Schweizer Franken – umgerechnet etwa 246 Euro. »Für Deutschland dürften diese Zahlen ähnlich ausfallen«, sagt Pedd. »Wir haben die Universität dazu beauftragt, die Studie für den deutschen Markt neu aufzusetzen.« Im nächsten Jahr wird der BDIU Ergebnisse vorlegen.

»Inkasso hat als Ziel, die Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher mit denen der Gläubiger auf Durchsetzung ihres Zahlungsanspruchs auszugleichen. Das funktioniert nur im fairen Dialog – und für diesen Dialog stehen wir.« Die Bundesregierung will noch in dieser Legislaturperiode das Inkassorecht verbraucherfreundlich verbessern. 72 Prozent der Inkassounternehmen befürchten in diesem

Zusammenhang allerdings, dass neue gesetzliche Regulierungen den Gläubigern das Durchsetzen ihrer Forderungen erschweren werden.

Weitere Infos:

[www.inkasso.de](http://www.inkasso.de)

